Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 46 (1952)

Heft: 7-8

Artikel: Weltrundschau : wie lang noch Koreakrieg? ; "Westeuropäische Verteidigungsgemeinschaft" ; Westeuropa in amerikanischer Sicht ; Unfreies Westeuropa ; Neutral und abgerüstet! ; Neuer Wein in neue Schläuche!

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139661

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Wie lang noch Koreakrieg? Statt nach zweijähriger Dauer endlich aufzuhören, geht das Gemetzel in Korea — das man schönfärberisch immer noch Krieg nennt — in verschärftem Grad weiter. Die Absicht der amerikanischen Generäle, die für die Zerstörung zuerst der großen Kraftwerke am Jalu und dann der noch einigermaßen bewohnbar gewesenen Städte Nordkoreas verantwortlich sind, ist dabei unschwer zu erkennen: es soll auf diese Weise eine Kettenreaktion ausgelöst werden, die die neuerdings ärgerlich widerstrebenden Verbündeten der Vereinigten Staaten unwiderruflich in einen *offenen Krieg mit China* verwickeln müßte. Die Spekulation war, daß die Chinesen in aller Form ihre starke Luftwaffe einsetzen würden, um die amerikanischen Angriffe abzuwehren, daß daraufhin die chinesischen Flughäfen in der Mandschurei bombardiert werden könnten, was die Chinesen wiederum zu Vergeltungsmaßnahmen zwingen werde und daß so als Endstück der ganzen Kette unweigerlich der Krieg mit der Chinesischen Volksrepublik erscheinen werde. Die Selbstbeherrschung der Chinesen hat bisher diesen Plan vereitelt; aber wer will dafür garantieren, daß der Kriegsbrand nicht doch noch in größtem Maßstab auf ganz Ostasien übergreift?

Das eine Gute hat die Entwicklung, die der Koreafeldzug mehr und mehr genommen hat, immerhin gehabt: sie ist geeignet, auch denjenigen Menschen die Augen zu öffnen, die bisher nicht sehen *wollten*, was tatsächlich hinter dem ganzen koreanischen Abenteuer steckt. Konni Zilliacus (der übrigens, nach seinem vor zwei Jahren verfügten Ausschluß, jetzt wieder in die Labourpartei eingetreten ist) spricht es in einem Brief an den «New Statesman» erneut unverhohlen aus, was ja von Anfang an völlig klar war: daß nämlich der Heiligenschein der Vereinten Nationen nur dazu herhalten mußte, das etwas weniger heiligmäßige Gesicht der amerikanischen Machtpolitik zweckentsprechend einzurahmen und einem Unternehmen, das sonst, nach Walter Lippmanns Ausdruck, nur ein «schmutziger kleiner Krieg» gewesen wäre, ein moralisches Mäntelchen umzuhängen. Und er fügte hinzu: «Ein schmutziger kleiner Krieg, den die Vereinigten Staaten für ihre eigenen selbstsüchtigen Zwecke führen und in den sie von General MacArthur und der China-Druckgruppe hineinmanövriert wurden.» Mit nicht geringerer Schärfe kennzeichnet im selben Blatt der hervorragende englische Friedenskämpfer Dr. Alex Comfort den Koreakrieg der Vereinten Nationen. «Man hat», so schreibt er,

«geltend gemacht, es handle sich hier um eine Polizeiaktion. In was für einem gesitteten Land würde aber die Polizei die Bevölkerung einer Stadt abschlachten, um Gesetz und Ordnung wiederherzustellen? ... Man hat auch gesagt, wir dürften doch Korea nicht einer kommunistischen Tyrannei preisgeben. Ich möchte aber doch in allem

Ernst fragen, was für Missetaten eine Tyrannei noch begehen könnte, die wir nicht selbst schon begangen haben. Die Tötung von 3 Millionen Menschen? Die Hinrichtung von Männern, Frauen und Kindern? Folterung? Gewalttätigkeit gegenüber Gefangenen? Planmäßige Unterdrückung unliebsamer Tatsachen? Die Leistungen der Tyrannen sind von uns noch überboten worden. ... Man hat geltend gemacht, wenn man den Krieg jetzt aufgebe, so übe man Verrat an Menschen, die ihr Leben geopfert hätten. Ich sehe indessen keinen Grund, noch weitere Menschenleben zu opfern, nur weil wir brave Menschen für eine unwürdige Sache in den Tod geschickt haben. Wir können jetzt mit eigenen Augen sehen, was die Früchte der ‚kollektiven Sicherheit' sind, was Kampf für Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit heißt, wie ihn das UNO-Oberkommando auslegt, und ich gebe zu bedenken, daß wir uns beschmutzen, wenn wir weiter daran beteiligt bleiben.»

„Westeuropäische Verteidigungsgemeinschaft" Daß die westmächtlichen Regierungen den verhängnisvollen Fehler zugeben werden, den sie mit ihrem Koreaunternehmen begangen haben, ist natürlich nicht zu erwarten. Vor allem werden die Vereinigten Staaten ihre Ostasienpolitik auf keinen Fall ändern, bevor der neue Präsident im Amt ist, den das Volk im November wählen wird, heiße er nun Eisenhower oder Stevenson. Aber vielleicht werden die *Völker* aufstehen und dem grauenhaften Spuk ein Ende machen? Wenn in Ostasien ein haltbarer Frieden zustandekommen soll, geht es sicherlich nicht anders als durch Aufnahme Chinas in die UNO und durch Heranziehung der Kommunistischen Partei zu einer vorläufigen Regierung für ein geeintes Korea. Und soll Frieden in *Europa* werden, dann geht es nicht anders als durch dauernde Abrüstung und Neutralisierung Deutschlands innert seiner heutigen Grenzen. Unter dieser Bedingung würde die Sowjetunion, wie bestimmt angenommen werden kann, Ostdeutschland freigeben und damit die Wiedervereinigung der beiden für sich allein ja doch nicht lebensfähigen Hälften Deutschlands ermöglichen, nicht aber dann, wenn sie befürchten, ja als ganz sicher annehmen müßte, daß ein geeintes Deutschland von den Westmächten bewaffnet und früher oder später gegen den Ostblock eingesetzt würde. Mit anderen Worten: die Politik des Atlantikpaktes und der sogenannten Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, also der gewaltmäßigen «Eindämmung» des sowjetischen Einflusses in Europa und der übrigen Welt, müßte grundsätzlich aufgegeben werden, damit eine friedlich-schiedliche Auseinandersetzung — im buchstäblichen Sinne verstanden — mit der Sowjetunion herbeigeführt werden könnte.

Nur ist eben, wie sich auch in der Berichtszeit wieder erwiesen hat, die Aussicht gering, daß innert nützlicher Frist eine derartige Schwenkung der westmächtlichen Europapolitik erfolgen werde. Die Antwort der Westmächte auf die russische Note vom 24. Mai, die endlich am 10. Juli überreicht wurde, geht um die Frage einer *Viererkonferenz* mit solcher Vorsicht herum und stellt derartig weitgehende Vorbedingungen dafür auf, daß es äußerst unwahrscheinlich ist, daß sich Washington und Moskau an den gleichen Tisch setzen werden, um wirklich und im Ernst

über eine gewaltfreie Lösung der deutschen Frage zu verhandeln. Amerikas Politik ist und bleibt vorerst eben die Massierung so gewaltiger Machtmittel auf seiten der Westmächte, daß sich die Russen entweder von vornherein geschlagen geben müßten, wenn sie am Konferenztisch anträten, oder aber der sicheren Niederlage entgegengingen, falls sie die westmächtlichen Bedingungen für die Neuordnung Europas «bis zum Ural» ablehnten und sich mit der Waffe in der Hand zur Wehr setzten.

Wie weit die *Verbündeten* Amerikas auf diesem Katastrophenweg zu gehen gesonnen sind, das ist nun allerdings die große Frage. In England wächst der Widerstand gegen die USA-Politik zusehends; der jüngste Beschluß der Labourfraktion, der sich gegen die Ratifizierung des Bonner Generalvertrages richtet, ist nur *ein* Zeichen dafür. Die Regierung Churchill ist freilich der schließlichen Zustimmung des Parlaments zur Eingliederung Westdeutschlands in das westliche Militärsystem ebenso gewiß, wie die Regierung Adenauer auf eine Mehrheit im Bundestag für ihren halsbrecherischen Kurs zählen darf — trotz oder vielmehr gerade wegen der ja gar nicht grundsätzlich gemeinten Opposition der Sozialdemokraten. Daß in Frankreich die Volksstimmung eher gegen die Wiederaufrüstung Westdeutschlands ist, bestätigen alle sachkundigen Beobachter. «Die unausweichlichen Folgen der atlantischen Politik werden jetzt immer klarer», schrieb letzthin beispielsweise Jean Fabiani, der unstreitig antikommunistische Chefredakteur des «Combat». «Anfangs brandmarkten nur ein paar weitblickende Menschen ihre Nachteile und den Gedanken eines Kreuzzugs gegen die Sowjetunion, der durch den Verteidigungscharakter dieser (Atlantikpakt-) Politik nur schlecht verhüllt wurde. Im Jahre 1952 kann es keinerlei Zweifel mehr geben.» Aber wird der Widerstand gegen die Auslieferung Frankreichs an die amerikanische Gewaltpolitik stark genug sein, um sich gegenüber einem Parlament, dem es an Mut fehlt, und einer Regierung, die entschlossen gegenrevolutionäre Wege geht, noch rechtzeitig durchzusetzen? Die Entscheidung dürfte beim Wiederbeginn der politischen Saison im Herbst fallen. «Frankreich», so meint im «Observateur» Claude Bourdet, «wird dann den Weg zu Demokratie, Frieden und wirklichem Fortschritt einschlagen oder aber den Weg zu Unterdrückung, Bürgerkrieg und eigentlichem Krieg.» Und vor die gleiche Wahl sieht sich je länger, je unentrinnbarer jedes europäische Land gestellt, das bei der Gestaltung des Schicksals unseres Erdteils ein Wort mitzusprechen hat.

Westeuropa in amerikanischer Sicht All diese Fragen stoßen uns immer wieder auf eines der großen Kernprobleme der internationalen Politik: dasjenige der *Einigung und Verselbständigung Westeuropas*. Denn wenn sich zwischen die beiden Machtriesen im Westen und Osten, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion, ein wirklich unabhängiges und vereinig-

tes («integriertes») Westeuropa einschöbe, dann wäre die Gefahr eines Zusammenstoßes dieser Riesen, die sich jetzt so bedenklich nahegerückt sind, nicht allein in Europa selbst, sondern auch in Asien wohl entscheidend verringert. Was heißt das aber praktisch: Schaffung eines einigen, unabhängigen Westeuropa? Es heißt, da Westeuropa seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in immer stärkerem Maße unter amerikanische Kontrolle gekommen ist, vor allem *Befreiung Westeuropas von diesem amerikanischen Einfluß*, in zweiter Linie freilich auch Sicherung gegen die Einbeziehung Westeuropas in den *sowjetischen* Einflußkreis, der sich ja heute von Berlin bis Wladiwostok erstreckt. Wir haben auf diese Notwendigkeit in unseren Weltüberblicken immer und immer wieder mit Nachdruck hingewiesen, möchten die Europafrage nun aber doch auch einmal — soweit das in dem uns gesteckten Rahmen überhaupt angeht — in ihrem weiteren Zusammenhang aufrollen.

Ausgangspunkt muß dabei die Stellung sein, die Westeuropa im Ganzen der *amerikanischen Weltpolitik* einnimmt. Fritz Sternberg umschreibt sie in seinem Buch «The coming crisis» («Die kommende Krise») durchaus treffend (Seiten 197 ff.):

«Was die Vereinigten Staaten in erster Linie brauchen, um ihre Weltmachtstellung zu stärken, das ist die Gewinnung von Verbündeten außerhalb ihres eigenen Gebietsbereiches. Wenn sich das Sowjetsystem weiterhin erfolgreich entwickelt, wenn der Kapitalismus weiterhin auf dem europäischen Festland bedroht bleibt und in Großbritannien unterhöhlt wird, wenn die nationalrevolutionären Bewegungen in den bestehenden Kolonialreichen und in den Kolonial- und Halbkolonialländern weiter erstarken und fortschrittliche Elemente zur Macht kommen, dann würde natürlich das monopolkapitalistische System in den USA isoliert dastehen. Und in dem Maß, als diese Entwicklung sich fortsetzte, würde die Gefahr wachsen, daß innerhalb der USA die Kräfte erstarken, die eine Linksbewegung mit dem Ziel einer Gleichschaltung des Landes mit dieser Welttendenz begünstigen.

So dürfte (Sternberg schrieb das schon 1946) ... eine imperialistische Politik der Vereinigten Staaten darauf abzielen, die Welttendenz nach links hin zu verlangsamen, ihre Richtung zu ändern und sie womöglich gänzlich zu liquidieren ... Sie dürfte das ganze militärische, wirtschaftliche und finanzielle Gewicht des Landes in die Waagschale werfen, um den reaktionären oder doch mindestens den ‚gemäßigten' kapitalistischen Elementen in Europa zu helfen, die Angriffe der fortschrittlichen Linkskräfte abzuwehren und den Zug zum Sozialismus zum Stehen zu bringen oder ihn doch wenigstens zu verlangsamen.

... Der Kapitalismus ist in einer Reihe europäischer Länder schwer erschüttert. Es darf als ganz sicher angenommen werden, daß es ohne die Unterstützung, die die reaktionär-kapitalistischen Elemente in Europa aus amerikanischen Quellen erhalten oder auch nur zu erhalten hoffen, keinen Kapitalismus in Europa mehr gäbe, wenn einmal die kommende Wirtschaftskrise ausbrechen sollte ... Die große Wirtschafts- und Finanzmacht der Vereinigten Staaten soll eingesetzt werden, um gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit der europäischen Bevölkerung eine Schicht von Reaktionären an der Macht zu halten.»

Genau so ist es gekommen. Als um 1947 herum klar wurde, daß die bürgerlich-kapitalistische Ordnung in Westeuropa in voller Zersetzung begriffen war und daß vor allem Deutschland unter den Folgen der Kriegsschäden, der Niederlage und der Besetzung seine alte soziale Struktur nicht würde aufrechterhalten können, da entschloß sich Amerika

zu jener großzügigen Stützungsaktion, die zuerst im Marshall-Plan, dann im Atlantikpakt und schließlich in der Militärhilfe an die «Europäische Verteidigungsgemeinschaft» ihren Ausdruck fand. Die Wiederaufrichtung des westeuropäischen Kapitalismus, mit Westdeutschland als Mittelstück, ging Hand in Hand mit einer umfassenden militärischen Aufrüstung Westeuropas, wiederum mit Westdeutschland als Kern und Stern des Programms, und sicherte so die Eingliederung Westeuropas in das Gesamtsystem der amerikanischen Weltpolitik. War Osteuropa — mindestens vorläufig — für den Kapitalismus verloren, so sollte doch auf jeden Fall in Westeuropa eine «Ordnung» erhalten bleiben, die den Völkern unseres Erdteils ein Jahrzehnt Wirtschaftskrise, fortschreitende soziale und moralische Zerrüttung und innert dreier Jahrzehnte zwei verheerende Kriege gebracht hatte. Alles mit dem Zweck, das Umsichgreifen des Sozialismus und gar des Kommunismus zu verhindern. «In dieser Hinsicht», so erklärte in der amerikanischen Wochenschrift «Life» (26. Februar 1951) Paul Hoffman, der frühere Direktor der Marshall-Plan-Organisation, «war und bleibt der Marshall-Plan Angelpunkt und Probierfeld einer amerikanischen Außenpolitik, die fest, aufbauend und großzügig ist.» Und voller Genugtuung stellt Hoffman fest, daß zwischen der amerikanischen Wirtschaftshilfe an Westeuropa und dem Rückgang der kommunistischen Bewegung in den gleichen Ländern ein unverkennbarer Zusammenhang bestehe. In Belgien zum Beispiel seien während der Zeit der Marshall-Plan-Aktion die Kommunisten von 17 auf 10 Kammersitze zurückgefallen, in Norwegen gar bis auf Null; in Dänemark hätten sich die kommunistischen Stimmen von 12 auf 4 Prozent der Gesamtzahl verringert, und in Österreich seien in 30 Städten die Kommunisten völlig aus der Verwaltung verdrängt worden. «In England wie in der Schweiz ist der Kommunismus nie ein ernstes Problem gewesen; in Griechenland, der Türkei und Portugal ist die Kommunistische Partei als solche verboten. In Italien hat die bloße Ankündigung der ECA-Hilfe mitgeholfen, die kommunistische Vertretung in der Nationalversammlung zu vermindern ... In Frankreich hat das Erscheinen des Marshall-Planes aller Wahrscheinlichkeit nach eine Machtergreifung durch die Kommunisten verhindert.»

Schon vorher, in einer Rede vor dem Marshall-Plan-Rat am 31. Oktober 1952, hatte Hoffman die «Integration der westeuropäischen Wirtschaft» als ein Hauptziel der amerikanischen Politik gefordert. «Der Kern einer solchen Integration wäre die Bildung eines einzigen großen Marktes, in dessen Bereich mengenmäßige Beschränkungen des Warenaustausches, Währungsschranken für den Zahlungsverkehr und schließlich alle Zölle für immer verschwinden müssen ... Die Schaffung eines ständigen Freihandelsraumes, der 270 Millionen Verbraucher in Westeuropa umfaßte, würde die Entwicklung von Großindustrien mit niedrigen Produktionskosten beschleunigen.»

Soweit ist es bisher freilich noch nicht gekommen. Schuman-Plan,

Europäische Zahlungsunion und andere Veranstaltungen werden in Amerika immerhin als Ansätze für eine westeuropäische Wirtschaftseinheit auf kapitalistischer Grundlage gewürdigt, die dem Sozialismus und Kommunismus den Weg zu verlegen geeignet wäre. Um so erfolgreicher waren die Vereinigten Staaten mit der *politischen* und *militärischen* Gleichschaltung Westeuropas, auf deren einzelne Etappen hier nicht zurückgekommen zu werden braucht. Es genügt, die Tatsache selbst festzustellen und ihre Folgen ins Auge zu fassen.

Unfreies Westeuropa Und diese Folgen sind wahrlich erschreckend genug. Wenigstens für uns Europäer. Ja, den Amerikanern eröffneten sich zu Beginn ihrer neuen Europapolitik die verlockendsten Aussichten: Westeuropa als Absatzmarkt für die amerikanische Überschußproduktion, als zukunftsreiches Kapitalanlagegebiet, als neu aufgerichtetes Bollwerk des «freien Unternehmertums» und als machtvoller Rammbock im Kampf gegen den Kommunismus. Aber von Westeuropa aus gesehen, war diese Politik, trotz aller Wirtschaftshilfe, die von jenseits des Ozeans her winkte, mit schweren Gefahren belastet. «Sie kann», so schrieb damals (April 1948) im «Esprit» André Véran weitsichtig,

«in kurzer Frist zu der direkten Beherrschung der meisten Schlüsselindustrien durch das amerikanische Kapital führen. Zu dieser direkten Beherrschung droht (wenn es den amerikanischen Finanzkreisen gelingt, sich zu Herren der Ruhr zu machen), eine indirekte Beherrschung durch den Mechanismus der Zuteilung der Kohle an die europäische Industrie zu kommen. Europa steht also vor der Wahl, eine eigentliche wirtschaftliche Kolonisierung anzunehmen oder abzulehnen. Aber im Rahmen des Kapitalismus muß man eben anerkennen, daß diese Haltung vollkommen konsequent ist und schwer auf der Politik der Vereinigten Staaten zu lasten droht. Sie ermöglicht tatsächlich eine massive Kapitalausfuhr, die Entwicklung der Handelsbeziehungen und, vom Standpunkt des wirtschaftlichen Gleichgewichtes der westlichen Halbkugel aus, eine Wiederingangsetzung der europäischen Wirtschaft ohne irgendwelche Gefahr der Konkurrenz für die Industrie der Vereinigten Staaten. Es liegt somit auf der Hand, daß entgegen einer Vorstellung, die sowohl bei den Anhängern wie bei den Gegnern des Marshall-Plans sehr verbreitet ist, das wohlverstandene Wirtschaftsinteresse der Vereinigten Staaten nicht darin besteht, Europa erhebliche Kredite à fonds perdu vorzustrecken, sondern darin, in Europa Kapital anzulegen, wie sie das in Deutschland von 1924 bis 1927 getan haben.»

Die Voraussage hat sich im wesentlichen als richtig erwiesen. Ja, sie ist durch die Tatsachen in mancher Hinsicht noch übertroffen worden. Die Vereinigten Staaten stehen heute wirklich als die unbedingten Beherrscher der Wirtschaft und damit auch der Politik Westeuropas da. Man sehe sich nur etwa die Zahlen für die Stahlproduktion im Jahr 1951 an, wie sie vom Statistischen Monatsbulletin der Vereinten Nationen für Dezember 1951 gegeben werden:

USA	105	Millionen	Tonnen
Großbritannien	18	»	»
Westdeutschland	13	»	»
Frankreich	8	»	»

Amerikas Stahlproduktion ist also sechsmal größer als diejenige Großbritanniens und dreizehnmal größer als diejenige Frankreichs, das seinerseits nur zwei Drittel der Produktion Westdeutschlands erreicht. Die Stahlproduktion Englands und Frankreichs zusammen beträgt nur einen Viertel derjenigen Amerikas. Und ähnlich steht es mit den Unterschieden in bezug auf die Förderung von Kohle, die Erzeugung elektrischer Kraft, die Herstellung von Maschinen, Automobilen usw. Das wirtschaftliche Übergewicht der Vereinigten Staaten ist erdrückend — und demgemäß auch seine politische Machtfülle. Man braucht nicht lange zu suchen, um die Gründe für die bedingungslose Vorherrschaft Amerikas innerhalb der UNO, des Atlantikpaktes und verwandter Organisationen zu entdecken!

Wohl haben die unerschöpflich scheinenden Mittel und Kräfte der Vereinigten Staaten auch jene Hilfeleistung an Westeuropa erlaubt, die dieses nach dem Krieg so bitter nötig hatte. Aber Westeuropas wirtschaftlichen und sozialen Notstand wirklich zu beheben, das vermochte die noch so umfassende amerikanische Hilfe dennoch nicht, besonders nicht, seitdem sich der Marshall-Plan mehr und mehr in eine Rüstungshilfe an die westeuropäischen Länder verwandelte. Westeuropa war eben nicht bloß durch zwei verheerende Kriege erschöpft; sein Wohlstand wird vielmehr in seinen Grundlagen erschüttert durch die Revolution der kolonialen und halbkolonialen Völker und den Zerfall des ganzen kapitalistischen Imperialismus, der Europa seine hohe Lebenshaltung, seine kulturelle Überlegenheit, seine bürgerliche Demokratie und seine politische Vormachtstellung in der Welt so lange gesichert hat. Und nun lastet auf Westeuropa auch noch das Gewicht der militärischen Überrüstungen, auf die gestützt es seine alte Machtposition und Kulturhöhe dennoch aufrechtzuerhalten und gegen den Aufstieg der «zurückgebliebenen» Völker des europäischen und asiatischen Ostens verteidigen zu können wähnt!

Statt den Weg zu einer sozialistischen Ordnung zu beschreiten, der Westeuropa bei Kriegsende gewiesen schien, verharrt es und verhärtet sich eben tatsächlich in einem lebensunfähigen Kapitalismus, Kolonialismus und Imperialismus. Und statt ein Hort der Freiheit und des gesunden Fortschritts zu sein, ergibt es sich mehr und mehr freiheitsfeindlichen und rückschrittlichen Kräften. Auch wo, wie in Großbritannien, eine Zeitlang planmäßig in der Richtung auf den Sozialismus hin vorgestoßen wurde, hat die Verkettung mit dem hochkapitalistischen Amerika aufs neue die konservative Reaktion ans Ruder gebracht, nachdem schon das Labourregime — vor allem in der Behandlung der Ruhrfrage — die Möglichkeiten einer sozialistischen Neugestaltung des westeuropäischen Festlands schuldhaft preisgegeben hatte. Ähnliches gilt von der schwächlichen Unterwerfung Großbritanniens unter Amerikas Machtwillen in bezug auf Ostasien (Korea, China, Japan, Indochina usw.); auch die «peinliche Überraschung», die man jetzt in England angesichts der Zer-

störung der großen Kraftwerke am Yalu — sie versorgen einen Drittel der immer noch chinesischen Mandschurei mit Elektrizität! — durch die Amerikaner empfindet, wird an dieser Unterwürfigkeit nichts ändern, zumal die Labouropposition gar nicht daran denkt, im Ernst gegen den amerikanischen Stachel zu löken. Wundert man sich noch darüber, daß dank der großherzigen USA-Hilfe an Westdeutschland die alten, unseligen Mächte der Reaktion und des Militarismus, die Deutschland schon dreimal in den Krieg gestoßen haben, aufs neue im Sattel sitzen, daß in Frankreich die konservativ-kapitalistische Rechte gewonnenes Spiel zu haben glaubt, daß in Italien ein klerikal-rückschrittliches Regime straflos das Volk niederhalten darf, daß Francos Spanien zum offiziellen Verbündeten Amerikas und damit zum inoffiziellen Verbündeten auch der übrigen «freien Nationen» aufgerückt ist, daß die Diktatur in Portugal wie in Griechenland sich so sicher fühlt wie nur je? Wohin man schaut, überall in Westeuropa scheint ein konservativer Kapitalismus, ja ein neuer Faschismus das Feld zu beherrschen, gestützt auf jene amerikanische Weltpolitik, die wir zu Beginn dieser Erörterung gekennzeichnet haben. Daß im Schatten Amerikas das alte Regime auch in der Schweiz aufs prächtigste gedeiht, sei nur der Vollständigkeit halber bemerkt; die Folgen verspüren wir ja tagtäglich am eigenen Leib, um so mehr als auch die offizielle Sozialdemokratie, wie in den meisten anderen Ländern Westeuropas, von der Erstarrung im bestehenden Denk- und Gesellschaftszustand bis tief hinein befallen ist.

Und was das ärgste ist: Westeuropa taumelt, von Amerika gestoßen, mehr und mehr dem Abgrund eines neuen Krieges entgegen. «Die große Tragödie Europas», so liest man in der hier schon wiederholt angeführten Quäkerschrift «Schritte zum Frieden», «besteht darin, daß diese edlen Hoffnungen (gemeint sind die Hoffnungen auf ein neues, im Frieden gedeihendes Europa, wie sie am Ende des Zweiten Weltkriegs so weit verbreitet waren. H. K.) sich beinahe zu nichts verflüchtigt haben, je mehr sich der Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland entwickelte ... Zu Recht oder Unrecht glauben heute viele Europäer, daß sich die Vereinigten Staaten mit der Unausweichlichkeit eines Krieges gegen die Sowjetunion abgefunden haben und daß ihre Politik vor allem darauf gerichtet ist, ihren Sieg in einem solchen Krieg sicherzustellen ... Sie wissen, daß im Kriegsfall ihre Länder das Hauptschlachtfeld werden müßten und sie selbst zu den ersten Opfern einer Massenschlächterei gehören würden, die ebensosehr den Charakter eines Bürger- wie eines Völkerkrieges trüge.»

Neutral und abgerüstet! Man sollte meinen, die Völker Westeuropas müßten sich im Blick auf die tödliche Gefahr, vor der sie stehen, in einem elementaren Aufschwung der Herzen und Geister gegen jeden Versuch auflehnen, in einen dritten Weltkrieg hineingerissen zu werden. Es ist wirklich nur der gesunde

Menschenverstand, der unabweisbare Selbsterhaltungstrieb, der aus der Feststellung eines G. D. H. Cole spricht:

«Für uns (Engländer) geht es von jetzt an um den Frieden zu jedem Preis. Und so unangenehm es ist, das sagen zu müssen, so sind wir doch in Zukunft berechtigt, eher *jedes* Ideal fahren zu lassen, als in den Krieg zu ziehen, wenn wir uns damit tatsächlich dem Krieg fernhalten können. Wir werden ein Recht dazu haben, weil keine Staatsführung das Recht hat, das ganze Volk zum Massenselbstmord zu verurteilen. Man kann bereit sein, als einzelner sein Leben für ein Ideal hinzugeben; man kann sogar als Bürger oder Staatsmann bereit sein, Tausende oder Millionen für eine Sache in den Tod zu schicken, die man für gut genug hält. Aber für keine Sache, so glaube ich, kann ein Bürger oder Staatsmann das Recht haben, die unabwendbare Vernichtung der ganzen Gemeinschaft, zu der er gehört, anzuordnen. Ich glaube auch nicht, daß irgendeine Regierung in der Praxis dergestalt handeln könnte, ohne weggefegt zu werden. Das britische Volk wird, wie ich glaube, sich weigern, und sich mit Recht weigern, an einem künftigen Weltkrieg teilzunehmen. Das heißt nicht, daß es nicht doch gegen seinen Willen in einen solchen hineingerissen werden könnte; aber in diesem Falle würde es, sofern es nicht ausgelöscht würde, bevor es noch Gelegenheit hatte, überhaupt etwas zu tun, nach meiner Ansicht jedes Mittel gebrauchen, das in seiner Macht steht, um wieder daraus herauszukommen — eingeschlossen die Macht, die das französische Volk im Jahre 1940 ausübte, als es sich weigerte, zu kämpfen.»

Das sollte, wie man meinen könnte, die Haltung *aller* Völker sein, die in gleicher Gefahr schweben. Allein wir wissen nur zu gut, wie es *tatsächlich* um solchen bedingungslosen Widerstand gegen den Krieg steht. Wohl organisieren die Kommunisten überall den Kampf gegen die amerikanische Gewalt- und Herrschaftspolitik, aber die hetzerischen Übertreibungen und demagogischen Entstellungen, derer sie sich in ihrer Propaganda bedienen, schaden der Friedenssache viel mehr, als sie ihr nützen. Wohl entwickelt sich daneben allmählich auch eine unabhängige, radikale Friedensbewegung, nicht zuletzt in den Vereinigten Staaten selbst, aber ihre Anhänger sind von Zahl noch gering und die Mittel, die ihnen zur Verfügung stehen, von lächerlicher Kleinheit. Als *Ganzes* sind die Völker, vor allem diejenigen Westeuropas, anscheinend bereits zu müde und stumpf geworden, um sich den Vorbereitungen auf die nächste Massenschlächterei wirksam entgegenzuwerfen, oder durch die künstlich gesteigerte Angst vor dem Kommunismus so unfähig geworden, die über ihnen hängende Gefahr überhaupt zu erkennen, daß die Praktiker der Lügenlosung «Frieden durch Kriegsrüstung» bis jetzt leichtes Spiel haben. Und doch fragt man sich, *wie lange* die Aufrüster und Gewaltpolitiker die Völker noch hinter sich haben werden. Wie Scott Nearing («World Events», Winter 1952, Seite 10) schreibt:

The intelligent man's guide to the post-war world, p. 1047.

«Selbst wenn die Oligarchen, die (in Amerika) die Politik für Westeuropa machen, gewillt wären, der Acheson-Eisenhower-Linie zu folgen — und einige von ihnen sind weit davon entfernt —, und selbst wenn das amerikanische Finanzministerium gewillt wäre, sämtliche Rechnungen zu bezahlen, so bliebe dennoch das Problem der Massenzustimmung und der Massenbeteiligung an irgendeiner größeren Aktion, wie sie mit einer allgemeinen Kriegsanstrengung verbunden wäre.

Auch wenn eine westeuropäische Armee endgültig aufgestellt und ausgerüstet

wäre, bliebe die quälende Frage: Wird der gewöhnliche Soldat kämpfen oder wird er mit Sack und Pack über die Schlachtlinien hinweg zum ‚Feind' überlaufen? Erinnern wir uns doch, daß wir von Europa reden und daß Europa in einem Bürgerkrieg begriffen ist. Geht unter diesen Umständen die wirkliche Drohung für die Westeuropäer von andern Europäern aus, oder geht sie von überseeischen Störefrieden aus, die die Europäer dazubringen wollen, europäisches Eigentum zu zerstören und europäisches Leben auszulöschen? Es ist erst ein paar Jahre her, seit diese gleiche Kriegskunst in Asien während eines andern langdauernden Bürgerkrieges geübt wurde. Jeder Adjutant Eisenhowers, der dem nachzugeben bereit ist, mag sich von Chiang Kai-shek eine Auskunft holen, die auf bitteren persönlichen Erfahrungen beruht. Kurz, in diesem Falle wanderten Waffen und Ausrüstung über die Kampflinien in China hinüber und werden jetzt dazu benützt, die überseeischen Störenfriede aus dem Land zu jagen.»

Der unmittelbare Kriegswiderstand wäre freilich nur ein Notbehelf, falls es nicht gelänge, rechtzeitig Westeuropa aus jeder Bindung an die amerikanische Machtpolitik zu lösen. Denn das müßte jetzt das normale, das vordringlichste Bemühen aller Friedenskräfte sein: ein politisch und militärisch neutrales Westeuropa zu organisieren, das unbeeinflußt von den beiden Machtriesen *seinen* Weg — den «dritten Weg» — ginge und ein friedliches Nebeneinanderleben der kommunistischen und der kapitalistischen Welt ermöglichte. Daß auch Großbritannien einem solchen Europa angehören müßte, unbeschadet seiner engen Beziehungen zu den anderen Mitgliedern des angelsächsischen Völkerbundes, erscheint als selbstverständlich — schon zur Sicherung des notwendigen Gegengewichts gegen den deutschen Einfluß, der unter allen Umständen, so wie die Dinge nun einmal liegen, begrenzt und in die rechte Bahn gelenkt werden muß. Die «Vereinigten Staaten von Westeuropa» würden dann am zweckmäßigsten auf Grund eines Regionalabkommens im Sinne des Artikels 52 der UNO-Satzung gebildet werden und mit anderen ähnlichen Gruppierungen — Indien und Südostasien, Bund der arabischen Staaten usw. — eine Friedensmacht darstellen, gegen die keine Kriegskraft der Welt mehr aufzukommen vermöchte.

Viele Befürworter eines derartig aufgebauten, von jeglicher Bindung an einen einzelnen Machtblock freien Westeuropas möchten ihm auch eine *militärische Rüstung* mitgegeben wissen, die — wie das die Sowjetunion mit ihrem Vorschlag einer nationalen Armee für das zu neutralisierende Deutschland meinte — erst seine politische Neutralität sicherstellen könne und seine Verteidigung gegen Angriffe, woher sie auch kämen, ermögliche. Claude Bourdet zum Beispiel, einer der bekanntesten Vorkämpfer der Verselbständigung Westeuropas, redet entschieden einer *bewaffneten* Neutralität des zu schaffenden Gebildes das Wort, da nur so Länder wie Schweden, die Schweiz, Italien und Jugoslawien dafür gewonnen und die Vereinigten Staaten in bezug auf die Abwehr eines russischen Angriffs gegen den Westen beruhigt werden könnten. Einzig ein militärisch gerüstetes Westeuropa werde von beiden rivalisierenden Weltgroßmächten geachtet werden und sein Wort in die Wagschale der internationalen Entscheidungen zu werfen vermögen.

Allein, so realpolitisch klug solche Erwägungen zu sein scheinen, so wenig entsprechen sie doch dem Gebot der Stunde. Die militärische Aufrüstung Westeuropas würde ja nur die Täuschung fortsetzen, daß der Frieden auf der Drohung mit kriegerischer Machtentfaltung — wenn auch nicht *bloß* durch sie — beruhe, während alles darauf ankommt, daß nun endlich einmal mit diesem Irrwahn gebrochen wird. Sodann: Gegen Angriffe von welcher Seite wollte man Westeuropa eigentlich bewaffnen? Eine Gefahr von Amerika her fassen die Befürworter einer westeuropäischen Bundesarmee sicher nicht ins Auge; bleibt also nur die Verteidigung gegen einen Angriff von seiten des Sowjetblockes, die vorbereitet werden müsse. Dann stehen wir aber tatsächlich auf dem gleichen Fleck wie heute, wo sich Westeuropa offen dem amerikanischen Militärsystem anschließt, um gegen eine Invasion von Osten gewappnet zu sein, und wo auch die offiziell neutrale Schweiz ihre massive Aufrüstung in Wahrheit einzig im Blick auf eine Bedrohung durch die Sowjetunion betreibt. Ein im gleichen Stil neutralisiertes Westeuropa stände moralisch ebenso selbstverständlich im amerikanischen Lager, wie das jetzt bei der Schweiz der Fall ist. *Wirkliche* Unabhängigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten erfordert auch Befreiung von der Russen- und Kommunistenpsychose, die, in Amerika am stärksten wütend, auch Westeuropa in ihren Bann gezogen hat, also auch den Verzicht auf die Abwehr einer Gefahr, die lediglich das Erzeugnis dieser Psychose ist. Der wahre Grund für die russischen Rüstungen aber, die Furcht vor einem neuen Angriff von Westen her gegen das Kernland der sozialen Revolution, würde in dem Maße wegfallen, als Westeuropa durch seine militärische Abrüstung bewiese, daß es sich unter keinen Umständen zum «Kontinentaldegen» Amerikas gegen die Sowjetunion hergäbe.

Damit ist auch die weitere Einrede gegen eine unbewaffnete Neutralität Westeuropas gegenstandslos geworden, daß ein nicht kriegsbereites Westeuropa einen militärischen Leerraum darstellen würde, in den eine fremde Militärmacht mit geradezu gesetzmäßiger Sicherheit einströmen müsse. Die Sowjetunion hat, wie gesagt, keinen Grund, ein solches Westeuropa vorsorglich zu besetzen, da ihr von ihm keinerlei Gefahr mehr drohen könnte und da sie auch durch eine westeuropäische Abrüstung nicht von der seit über einem Vierteljahrhundert eingehaltenen Linie abgebracht würde, die Revolutionierung der Welt in erster Linie vom inneren Versagen des Kapitalismus und Feudalismus zu erwarten, statt von einer kriegerischen Ausdehnung ihres Machtbereiches. Amerika aber würde bald einsehen, daß es noch viel unsinniger und unmöglicher wäre, Westeuropa zum Schutz gegen einen sowjetischen Angriff mit eigenen Streitkräften besetzen zu wollen gegen den Willen der westeuropäischen Völker, als diese Völker zu freiwilligen Hilfstruppen im Kampf gegen den Kommunismus zu machen.

Nein, der wahre Schutz Westeuropas gegen jegliche militärische Unterjochung besteht in der Entwicklung seiner *moralischen* Lebens- und

Abwehrkräfte — wir haben davon in der letzten Weltrundschau kurz geredet — und damit zusammenhängend im Aufbau einer *freiheitlich-sozialistischen* Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, der gegenüber jeder Eroberungsversuch des Gewaltkommunismus von vornherein zum Scheitern verurteilt wäre. Und nur ein Westeuropa, das von der Last der Kriegsrüstungen befreit ist, befreit auch von den reaktionär-demokratiefeindlichen Kräften, die sich immer auf dem Boden militärischer Rüstungen entwickeln, wird anderseits imstande sein, sich eine neue, sozialistische Gemeinschaftsform zu geben, wie sie für uns nun offenkundig zur einfachen Lebensnotwendigkeit geworden ist.

Neuer Wein in neue Schläuche! Es ist in der Tat unvorstellbar, daß ein unabhängiges, seiner Würde und Eigenart bewußtes, sein eigenes Leben leben wollendes Westeuropa auf anderer als auf sozialistischer Grundlage erbaut werden könnte. Die Vereinigten Staaten von Europa sind ja schon seit mehr als hundert Jahren nicht nur der Traum aller radikalen Demokraten und Friedenskämpfer, sondern erst recht eine Losung der Sozialisten aller westlichen Länder gewesen, von den Achtundvierziger Revolutionären über Victor Hugo und die Kommunarden bis zu Jaurès, Rosa Luxemburg und Briand. Um so grotesker nimmt es sich aus, daß es heute auch und vor allem bürgerliche Konservative und kapitalistische Reaktionäre sind, die begeistert die Europafahne schwingen: Churchill und de Gaulle, Schuman und Adenauer, Paul Hoffman und van Zeeland, die diversen Europa-Unionen und Auch-Föderalisten wie auch ihre rechtssozialdemokratischen Mitläufer à la André Philip und Kurt Schumacher. Aber wir haben ja gesehen, wie sehr das geeinigte Westeuropa, das *diese* Gruppen wollen, nur ein Stück derjenigen Welt ist, die die Segnungen eines «*amerikanischen* Friedens» genießen soll. Lasse man sich doch nicht durch die Form, in die die Länder Westeuropas gegossen werden sollen, über den Inhalt und das Wesen des neuen Gebildes täuschen: Nicht jede Föderation, nicht jede Preisgabe nationaler Souveränität ist schon an und für sich ein Fortschritt, sonst wäre beispielsweise auch das Europa, das Hitler erstrebte, ein mächtiger Fortschritt gewesen. «Es (Europa) vereinigen zu wollen, ohne es umzugestalten», so schrieb einmal J.-M. Domenach im «Esprit» (Nr. 11, 1948), «heißt den europäischen Kapitalismus vorläufig in einem Verfallszustand erstarren zu lassen, in dem er einen vorläufigen Aufschwung nur um den Preis eines politischen und menschlichen Rückschritts nehmen könnte, von dem uns die Faschismen eine Ahnung gegeben haben, heißt ein befestigtes Bollwerk im Dienste Ame-

* Der Leser sei für die wirtschaftliche Seite der Europafrage immerhin auf die gute Schrift «Die Wirtschaft im neuen Europa» von Walter Fließ (Internationaler Sozialistischer Kampfbund) und auf die entsprechenden Kapitel im fünften Teil von Professor Cole's Werk über die Nachkriegswelt (Verlag Victor Gollancz, London) verwiesen.

rikas gegen die Sowjetunion errichten, und das ist nicht der Weg zum Frieden oder zur Freiheit, nicht der Weg Europas. Wenn das etwa die Absicht ehrgeiziger Militärs oder Geschäftsleute ist, so ist es durchaus in Ordnung; aber Menschen guten Glaubens gegenüber als eine Revolution auszugeben, was tatsächlich ihr Gegenteil ist — das ist ein Skandal ... Die kapitalistischen Staaten Westeuropas irgendwie einander anzugleichen und gemeinsame Einrichtungen darüber zu stülpen, das heißt nicht ‚Europa schaffen' ... Man schafft Europa nur *gegen* den Kapitalismus, durch eine tiefgreifende Umgestaltung seines ganzen Aufbaus.»

Das bleibt unbedingt wahr. Wenn Westeuropa überhaupt als selbständige Wesenheit weiterleben will, dann wird es in einem freiheitlichen, aber radikalen Sozialismus diejenige Gemeinschaftsform finden müssen, in der sich allein die besten Überlieferungen und tiefsten Antriebe seiner Geschichte fortsetzen können. Jeder Versuch, der Entscheidung für den Sozialismus auszuweichen, wird nur zur Neuzüchtung eines unfruchtbaren, ja gefährlichen Nationalismus, zu wachsender Durchdringung und Beherrschung durch den amerikanischen Kapitalismus, zur Vorherrschaft reaktionär-klerikaler Mächte und höchst wahrscheinlich, unter deutschem Kommando, zur «endgültigen» Kraftprobe mit dem Sowjetblock führen.

Ein demokratisch-sozialistisches Westeuropa anderseits wäre auf friedliche Zusammenarbeit mit den kommunistischen Ländern des Ostens, die auf dem Fuße der Gleichberechtigung geschehen müßte, ebenso angewiesen wie auf die Pflege enger Beziehungen mit dem amerikanischen Block und der angelsächsischen Völkergemeinschaft. Von einem *solchen* Westeuropa hätte die Sowjetunion nichts mehr zu fürchten; nicht einmal die mißtrauischste und übelwollendste Propaganda wäre imstand, es als bloße Hilfskraft der kapitalistisch-imperialistischen Welt im Kampf gegen die soziale Revolution der Ostvölker hinzustellen.

Über die wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben wie über die geistigen Probleme, die sich einem neuen, vereinigten Westeuropa stellen werden, kann hier nichts mehr gesagt werden; vielleicht daß wir uns in einer späteren Rundschau damit befassen werden*. Hingegen sei doch noch besonders ausgesprochen, daß die *Deutschlandfrage* kaum in einem anderen Rahmen lösbar erscheint als in dem eines neutralen, abgerüsteten und sozialistischen Westeuropa. Ein dem Westblock, wie er heute dasteht, angeschlossenes Deutschland wäre ein Unglück für Europa und die Welt. Ein bloß einseitig neutralisiertes Deutschland, mit oder ohne Nationalarmee, aber innerhalb einer Welt, die durch den Gegensatz zwischen Ost und West zerrissen wäre, würden die Deutschen selbst nicht annehmen. Abrüstung und Neutralisierung könnten die Deutschen jedoch sofort annehmen, wenn sie auf ganz Westeuropa ausgedehnt würde, als Gewähr für die Vermeidung eines Zusammenpralls der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion auf europäischem Boden und als Voraussetzung einer grundlegenden wirtschaftlichen und sozialen Neu-

ordnung unseres Erdteils. Die Deutschen *könnten* eine solche Lösung ihres Problems annehmen, sage ich, *wenn* usw. Aber das ist's eben: von einer Erfüllung dieser Bedingung scheinen wir heute weiter entfernt als je. Weder die Westalliierten noch die Deutschen selbst wollen eine Lösung des Deutschland- und des Europaproblems auf dem hier angedeuteten Wege. Die sogenannte reale Lage ist heute vielmehr so, wie sie der unter dem Decknamen Carolus schreibende westdeutsche Mitarbeiter der Neuyorker «Nation» kennzeichnet:

«Sieben Jahre nach seinem jämmerlichen Tod feiert Hitler seinen größten Triumph: Deutschland soll von der gleichen westlichen Welt wiederaufgerüstet werden, die er der Vernichtung geweiht hatte und die trotz den schweren Opfern, welche von ihr verlangt wurden, sich aufgerafft hatte, um das Ungeheuer niederzustrecken. Sieben Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation wird zur Wirklichkeit, was der Führer vergeblich bis zur letzten Minute erhofft hatte: der Westen verbündet sich mit der Wehrmacht zu einem Kreuzzug gegen den Osten. Und wie in allen Tragödien shakespearischen Stils wird auch hier die satirische Nebenhandlung sichtbar: zum zweiten Mal, und diesmal mit Hilfe der westlichen Demokratien, nimmt der Hitler-Geist Besitz vom deutschen Volk, das nichts mehr mit Baracken, Kanonen und Krieg zu tun haben wollte... Die Wiederaufrüstung Deutschlands ist der Weg zum großen Abenteuer: zu Chaos und Krieg. Die deutsche Wiederaufrüstung wird Hitlers Generäle zu Schiedsrichtern zwischen Ost und West, zu Herren über Krieg und Frieden machen. In den verzehrenden Flammen eines Dritten Weltkrieges wird Hitler seine Rache genießen — sogar in der Hölle.»

Vor dieser Aussicht scheint alles Bemühen um ein waffenloses, freies Westeuropa kindische Utopie, im besten Fall weltferner Idealismus. Aber ist solcher Widerspruch zwischen Augenschein und Wirklichkeit jemals ein Grund gewesen, vor Irrwahn und Unverstand zu kapitulieren? Noch immer hat der edle Friedrich Albert Lange recht, wenn er uns am Schluß seiner Geschichte des Materialismus erinnert: «Die Wahrheit, zu spät, kommt dennoch früh genug; denn die Menschheit stirbt noch nicht. Glückliche Naturen treffen den Augenblick; niemals aber hat der denkende Beobachter ein Recht zu schweigen, weil er weiß, daß ihn für jetzt nur wenige hören werden.»

28. Juli. *Hugo Kramer*

BUCHBESPRECHUNGEN

«Die Toten bleiben jung»

Zweifellos ist Anna Seghers eine der markantesten Gestalten der zeitgenössischen deutschen Literatur und zählt vielleicht mit Ricarda Huch und Gertrud von Le Fort zu den hervorragendsten Schriftstellerinnen, auf die Deutschland stolz sein darf. Es verdient hervorgehoben zu